

Nr. 20/06 vom 22.07.2020

Energy Chat in der Reinhardt

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – was erwartet Marie-Luise Dött, MdB?

Berlin. Am 1. Juli 2020 übernahm die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft von der kroatischen Delegation. Neben der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie stehen weitere drängende Themen auf der Agenda. Im Rahmen des „Energy Chat in der Reinhardt“ am 21. Juli 2020 wurde mit der umweltpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött MdB, über ihre Erwartungen an die EU-Ratspräsidentschaft diskutiert.

Es brauche eine Vorstellung davon, welche Rolle die Europäische Union in der Welt einnehmen wolle – die Entwicklung dieser Vorstellung müsse gelingen trotz der Verschiedenartigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten, betonte Marie-Luise Dött, MdB. Deutschland spiele dabei eine sehr wichtige Rolle, dürfe aber nicht den Fehler machen, kleinere EU-Mitgliedstaaten zu dominieren. Bundeskanzler Kohl hätte es erfolgreich vorgemacht, unterstrich Dött im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e. V. Mit Blick auf die europäische und nationale Ausgestaltung des European Green Deal plädierte Dött dafür, dies auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsdreiecks, welches wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele gleichermaßen gewichte, zu tun. Innerhalb dieses Zieldreieckes müssten die Klimaschutzziele definiert und umgesetzt werden. Wenn dieser Weg beschritten würde, sei es schlussendlich egal, ob die CO₂-Minderungsziele zwei Jahre früher oder später erreicht würden.

Mit Blick auf die Diskussion bezüglich der Verschärfung eines CO₂-Reduktionszwischenziels bis 2030 betonte Dött, dass noch nicht einmal geklärt sei, welche Bereiche einbezogen würden und ob das Ziel für die EU in seiner Gesamtheit oder für die einzelnen Mitgliedstaaten gelten werde. Nach der bisherigen Vorgehensweise würde ein europäisches CO₂-Reduktionsziel von 50 bis 55 Prozent bedeuten, dass Deutschland ein nationales CO₂-Minderungsziel von 65 bis 68 Prozent erfüllen müsste – dies sei jedoch nicht möglich, so Dött. Insgesamt kritisierte die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass häufig nur über die „hehren“ Ziele geredet würde und zu selten darüber, welche konkreten Umsetzungsschritte diese zur Folge hätten. Um auf dem Weg zur Klimaneutralität die Wertschöpfungsketten in der EU zu erhalten und Carbon Leakage zu verhindern, müssten insbesondere die mittelständischen Betriebe Ausnahmen erhalten. Zusätzlich müsse sichergestellt werden, dass Doppelbelastungen durch EU-Emissionshandel und das nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz ausgeschlossen werden. Den Vorschlag, eine CO₂-Grenzsteuer zur Verhinderung von Carbon Leakage einzuführen, hielt Dött indes aus mehreren Gründen für nicht umsetzbar. Eine solche Steuer sei zudem nicht mit den Regeln der WTO vereinbar und könnte Handelskriege auslösen.

Darüber hinaus plädierte Dött dafür, sich stärker auf die Konzeptionierung eines EU-Energiemarktes zu fokussieren. Gerade Deutschland sei nach den geplanten Ausstiegen aus Kernenergie und Kohleverstromung auf einen europäischen Austausch angewiesen. Auch beim Thema Wasserstoff plädierte Dött für vertiefte internationale Kooperationen insbesondere mit den afrikanischen Staaten. Die Schaffung der Infrastruktur sei dabei ein wichtiger Aspekt, aber das Thema Wasserstoff werde nicht, wie das Projekt „Desertec“, an den Leitungen scheitern. Die von der EU-Kommission geplante „Plastiksteuer“ lehnte sie ab. Um der Plastikabfällen Herr zu werden, sei es zielführender Recyclingsysteme zu erweitern, zu fördern und in ganz Europa einzuführen. Die

Coronapandemie habe zudem deutlich gemacht, welchen Vorteil gerade auch Produkte aus Plastik z.B. im Gesundheitsbereich hätten. Eine Steuer, würde diese unverzichtbaren Produkte lediglich verteuern und das Aufkommen eben nicht steuern. Abschließend bezeichnete Dött das geplante deutsche Lieferkettengesetz als „Anmaßung“. Für die Durchsetzung internationaler Normen und Gesetze müssten die jeweiligen Staaten und Behörden vor Ort Sorge tragen und nicht ausländische Unternehmer. Es könne nicht sein, dass ein Unternehmer für Umstände in Haftung genommen werde, auf die er keine Einflussmöglichkeiten habe.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV